

Die verheerenden Folgen der geduldeten Missachtung einer Grundgesetzvorschrift

Siegfried Wendt

Foto von MESSAJA CIULLI A von Pexels
<https://www.pexels.com/photo/photography-of-railway-894312/>



als Wohlstand aus einem unfruchtbaren Streit über eine andere Verteilung des Sozialproduktes erhoffen zu wollen.“

Das war im Jahre 1957 sicher richtig, weil damals noch eine Mangelwirtschaft herrschte. Wer dieses Zitat aber in unserer heutigen Überflusswirtschaft benutzt, will damit nur unliebsame Debatten über ungerechte Verteilungen abwürgen. Es fehlen heute überhaupt keine Produkte mehr auf dem Angebotsmarkt, die für ein gutes Leben des Normalbürgers unbedingt erforderlich sind. Und die Produktionskapazitäten würden es auch erlauben, diese Produkte in einem solchen Umfang herzustellen, dass es für alle Mitbürger reicht. Das würde aber voraussetzen, dass sich die maßgeblichen Entscheider überhaupt die Frage stellen, was denn für ein gutes Leben des Normalbürgers gebraucht wird. Diese Frage kommt aber weder unseren Politikern noch den Professoren der Volkswirtschaftslehre in den Sinn. Insbesondere fragen sie nicht, auf was man problemlos verzichten kann, wenn dieser Verzicht dazu dient, Kriege zu vermeiden und ein würdiges Leben für immer mehr Mitmenschen zu ermöglichen.

Wirtschaftspolitik sollte immer wieder anhand der folgenden vier Zielvorstellungen bewertet werden:

1. Es sollte ein Spektrum individuell nutzbarer Güter und Dienstleistungen angeboten werden, das von fast allen Bürgern als für ein angenehmes Leben ausreichend angesehen wird.
2. Die Einkommensverteilung sollte derart sein, dass sie von fast allen Bürgern als einigermaßen gerecht beurteilt wird. Dazu gehört auch, dass selbst die Empfänger der kleinsten Einkommen immer noch ein menschenwürdiges Leben führen können.
3. Der Staat sollte in der Lage sein, Leistungen für das Gemeinwohl in einem Umfang zu erbringen, der von den meisten Bürgern als angemessen betrachtet wird.

1. Einführung in das Problemfeld



Der Absatz 2 des Artikels 14 unseres Grundgesetzes lautet:

**„Eigentum verpflichtet.
Sein Gebrauch soll zugleich dem
Wohle der Allgemeinheit dienen.“**

Hier kann nicht jegliches Eigentum gemeint sein, denn ich wüsste nicht, wie ich meine Unterwäsche, meine Sonnenbrille oder mein Fahrrad zum Wohle der Allgemeinheit gebrauchen könnte. Obwohl man im Grundgesetz keine expliziten Kriterien findet, die einem helfen könnten, die Art von Eigentum abzugrenzen, dessen Gebrauch zum Wohle der Allgemeinheit möglich ist, wird man doch bei der Suche nach der in Frage stehenden Art von Eigentum schnell fündig. Denn es ist offensichtlich, dass in unserem aktuellen Wirtschaftssystem vieles dem Allgemeinwohl zuwiderläuft. So geht es insbesondere den Investoren, die von unseren Politikern und den Medien so begeistert begrüßt werden, in keinem Falle darum, dafür zu sorgen, dass möglichst viel der vorhandenen Arbeit getan wird. Vielmehr schaffen sie nur solche Arbeitsplätze, deren Rendi-

tepotenzial möglichst hoch ist. Dies hat ein hoher Industriemanager einmal bestätigt, als er sagte: *„Unser Unternehmen ist doch keine Sozialanstalt.“* Wie schlimm diese Aussage ist, wird deutlich, wenn man sie wie folgt übersetzt: *„Man kann doch nicht von uns verlangen, dass wir unsere Entscheidungen am Gemeinwohl orientieren.“*

Wenn man bedenkt, dass das jeweilige Spektrum der vorhandenen Arbeitsplätze die Folge der Entscheidung ist, welche Arbeit getan werden soll und welche nicht, müsste man eigentlich verlangen, dass dieses Spektrum von Politikern bestimmt wird, die in ihrem Amtseid geschworen haben, ihre Entscheidungen ausschließlich am Gemeinwohl zu orientieren.

2. Die Entwicklung seit Ludwig Erhard



In seinem 1957 erschienenen Buch *„Wohlstand für alle“* schrieb Ludwig Erhard den folgenden Satz:

„Diese Überlegung macht wohl auch deutlich, wie ungleich nützlicher es mir erscheint, die Wohlstandsmehrung durch die Expansion zu vollziehen

4. Die Aufgaben sollten unter den Arbeitenden möglichst so verteilt sein, dass jeder bezüglich seiner Leistungsfähigkeit weder unter- noch überfordert ist.

Hätten unsere Wirtschaftspolitiker ihr Handeln immer an diesen Zielvorstellungen orientiert, wäre die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Situation seit dem Erscheinen von Ludwig Erhards Buch vor 60 Jahren zweifellos anders verlaufen. Die Mangelwirtschaft wurde zwar recht erfolgreich und in erstaunlich kurzer Zeit überwunden, aber die daran anschließende Entwicklung ist gekennzeichnet einerseits durch eine immer noch weitergehende Überschwemmung des Marktes mit Produkten, die mehrheitlich für ein angenehmes Leben völlig überflüssig sind, und andererseits durch eine zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen für immer größere Teile der Bevölkerung.

Ich könnte mühelos etliche hundert Beispiele anführen, um zu zeigen, welche Verschlechterungen der Lebensbedingungen hier gemeint sind. Da dies aber den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen würde, liste ich im Folgenden nur eine kleine Menge willkürlich ausgewählter Beispiele auf:

- In unserem Stadtrat wird zurzeit die Frage diskutiert, welches der drei städtischen Schwimmbäder geschlossen werden soll, weil nur noch Mittel für den Betrieb zweier Schwimmbäder bereitstehen.
- Wenn ich die Stadtwerke oder die Bank anrufe, meldet sich ein Computer, der mir eine Dialogform aufzwingt, die sehr viel ineffizienter ist als wenn mein Dialogpartner ein Mensch wäre.
- Das Kundenbüro meiner Krankenkasse, welches bisher in der Fußgängerzone in der Stadtmitte lag, wurde an die mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur sehr umständlich zu erreichende Stadtperipherie verlegt. Der Grund hierfür ist eine beträchtliche Mieterhöhung.
- Immer mehr Vorgänge muss ich „in Selbstbedienung“ erledigen, die mir früher von freundlichen Bedientern abgenommen wurden – sei es am Fahrkartenschalter, an der Tankstelle, in der Bank oder im Supermarkt.
- Früher gab es das, was im Flugzeug der Copilot ist, auch im Lkw, im Überlandbus und in der Lokomotive. Seit es diese Copiloten nicht mehr gibt, steht

der einsame verantwortliche Lenker unter deutlich höherem Stress.

- Im Unterschied zu früher gibt es heute an größeren Bahnhöfen keinen Lokführer in Bereitschaft mehr, der einspringen könnte, wenn der planmäßig vorgesehene Lokführer überraschend ausfällt. Heute fällt dann eben der Zug aus.
- Wenn ich meinen früheren Nachbarn im Pflegeheim besuche, erlebe ich deutlich, unter welchem Stress die verbliebenen Mitarbeiter stehen. Und ich sehe, dass sie einen Teil der wenigen Zeit, die ihnen pro Patienten zur Verfügung steht, auch noch für die Computerbedienung zum Zwecke der Aufwandsdokumentation aufwenden müssen.
- Früher konnte ich, wenn ich mit dem städtischen Bus fuhr, noch frei aus dem Fenster schauen. Jetzt ist mindestens die Hälfte der Fensterflächen mit Werbetexten und -grafiken belegt, mit denen die Außenwelt „informiert“ werden soll.
- Die Preise für die meisten Güter auf dem Angebotsmarkt enden inzwischen mit zwei oder noch mehr Nullen, weil Werbepsychologen herausgefunden haben, dass den meisten Verbrauchern ein Angebot attraktiver erscheint, wenn anstelle von 400 € oder 7 € auf dem Preisschild 399 € oder 6,99 € steht. Ich aber ärgere mich, weil ich für blöd gehalten werde.

Wenn ein älterer Mensch wie ich behauptet, früher sei manches besser gewesen, dann wird er häufig abgekanzelt mit der Bemerkung: Ja, ja, die Alten waren immer schon der Meinung, dass früher *alles* besser war. Diese Bemerkung ist unfair, denn ich behaupte ja nicht, dass früher alles besser gewesen sei. Ich halte es aber für unerlässlich, dass sich die Jüngeren die Frage stellen, weshalb denn das, was früher einmal besser war als heute, inzwischen schlechter geworden ist.

Es mag sein, dass manchen Lesern viele oder sogar alle der aufgeführten Punkte lächerlich erscheinen, so dass sie sagen werden: Wenn das alles ist, was der Autor zu bemängeln hat, so können wir gut damit leben. Im Vergleich mit dem, was wir uns heute mehr leisten können als früher, ist das, was wir uns jetzt nicht mehr leisten können, vernachlässigbar.

Ich behaupte dagegen, dass es genau diese Einschätzung ist, die überwunden

werden muss, damit unsere Enkel und Urenkel keinen Grund haben, uns eines Tages vorzuwerfen, wir wären unserer Verantwortung für die nachkommenden Generationen nicht gerecht geworden und hätten nach dem Prinzip „Nach uns die Sintflut“ gelebt.

3. Eine verständliche Fehlentscheidung



In den ersten Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg war in der Bundesrepublik fast jeder überzeugt, dass es richtig war, uns hinsichtlich unseres Wirtschaftssystems die USA zum Vorbild zu nehmen. Man war dankbar für die Bereitschaft der Amerikaner, den besiegten Deutschen im westlichen Teil unseres Landes wieder auf die Beine zu helfen – mit Care-Paketen, der Luftbrücke und insbesondere dem Marshall-Plan. Diese Dankbarkeit machte unsere damaligen politischen Entscheidungsträger blind für das naive Weltbild der großen Mehrheit der amerikanischen Bürger. Dieses Weltbild wird verständlich, wenn man die Umstände bedenkt, welche die europäischen Auswanderer veranlassten, ihre Heimat zu verlassen und ihr Glück jenseits des Atlantiks zu suchen. Deren Überzeugung kann charakterisiert werden durch den Satz: „Ich möchte meines Glückes Schmied sein und beim Schmieden nicht vom Staat gestört werden.“ Dieser Satz impliziert aber, dass dann auch jeder seines Unglückes Schmied ist, der nicht erwarten darf, dass ihn im Falle seines Unglücks eine Solidargemeinschaft auffängt. Nur so ist der Widerstand verständlich, der dem Bemühen des Präsidenten Obama entgegengebracht wurde, eine Krankenversicherungspflicht für große Teile der Bevölkerung einzuführen. Wer glaubt, jeder habe die Chance, vom Tellerwäscher zum Millionär zu werden, der sieht im Reichwerden ein Lebensziel und fragt nicht nach den Bedingungen eines wirklich erfüllten Lebens. Dann stört es ihn auch nicht, dass das Reichwerden nur auf Kosten Anderer möglich ist.

Ganz vorne in der Bibel (1. Buch Mose, 3. Kapitel, Vers 19) wird von der Vertreibung aus dem Paradies berichtet: „Im Schweiß Deines Angesichts sollst Du Dein Brot essen.“ Es ist verständlich, dass jeder Mensch nach Möglichkeiten sucht, diesem Arbeitszwang auszuwei-

chen oder ihn zumindest für sich abzumildern. In *Abbildung 1* sind die Möglichkeiten gezeigt, die bei dieser Suche gefunden wurden.

Es ist interessant festzustellen, dass sich die Menschen bezüglich der ethischen Bewertung der gefundenen Möglichkeiten keineswegs einig sind. Während ich überzeugt bin, dass Spekulation und Kapitalismus ethisch abzulehnen sind, waren diese Formen wirtschaftlichen Handelns in den USA immer schon akzeptiert und wurden von uns – trotz der bekannten Warnungen von Karl Marx – ganz selbstverständlich übernommen. Es wäre unfair, den Vätern unseres Grundgesetzes diese unkritische Übernahme vorzuwerfen, denn sie hatten ja

Es ist immer wieder behauptet worden, es gebe zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus keinen dritten Weg, so dass man jedem, der nach einem solchen dritten Weg sucht, ideologische Blindheit vorwerfen müsse. Für mich ist jedoch die Tatsache, dass der Kommunismus hinter dem Eisernen Vorhang kläglich gescheitert ist, kein Beweis der Nichtexistenz einer akzeptablen Alternative zum Kapitalismus. Gerade weil die negativen Folgen des Kapitalismus heute nicht mehr zu übersehen sind und inzwischen sogar lebensbedrohliche Formen angenommen haben, muss nach einer akzeptablen Alternative gesucht werden.

4. Der Lebensleistungssaldo als Beurteilungskriterium

Bei der Bewertung von Einkommensverhältnissen hat man bewusst oder unbewusst den Referenzverlauf des *Lebensleistungssaldos* vor Augen, der in *Abbildung 2* dargestellt ist. Der dargestellte Verlauf kann selbstverständlich nicht für jeden Menschen gelten, sondern dient nur der Veranschaulichung des Begriffs Lebensleistungssaldo. Den konkreten vollständigen Verlauf kann man einem Menschen erst nach seinem Tod zuordnen.

Man ist gewohnt, Salden in Währungseinheiten anzugeben. Das wäre aber in Bezug auf die *Abbildung 2* nicht ange-

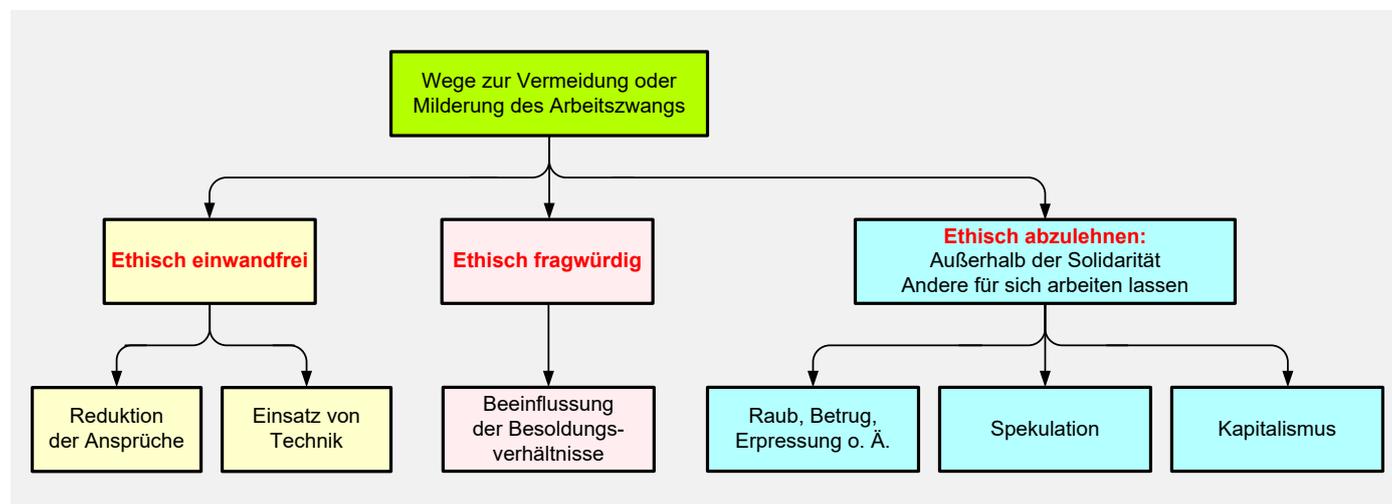


Abbildung 1 – Wege zur Vermeidung oder Milderung des Arbeitszwangs

damals als Alternative nur den Kommunismus à la Stalin oder Mao vor Augen, und der kam nun wirklich überhaupt nicht in Frage. Die Grundgesetzväter haben sogar Wege aufgezeigt, die, wenn man sie denn gegangen wäre, viele der inzwischen eingetretenen Fehlentwicklungen verhindert hätten. Ich meine hier den Artikel 15: *Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.* An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass Grund und Boden sowie Naturschätze ein Geschenk an die Menschheit sind und jede Überführung in Privateigentum als Diebstahl an der Allgemeinheit betrachtet werden muss. Leider geschieht diese Art Diebstahl auch heute noch, und trotzdem kommt praktisch niemand auf die Idee, dass dies ein zu ahndendes Verbrechen ist.

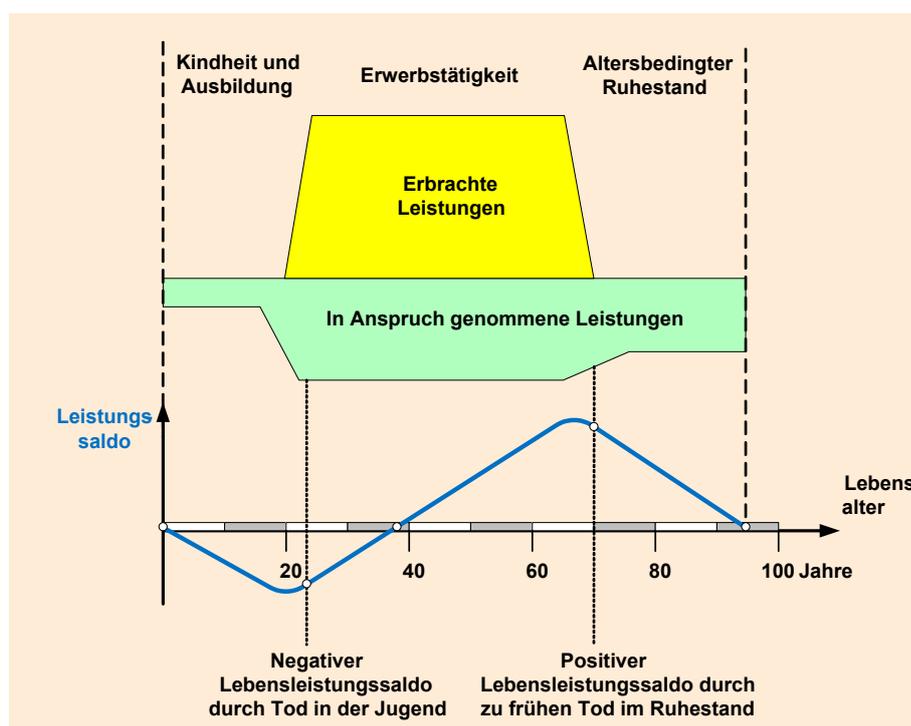


Abbildung 2 – Referenzverlauf des Lebensleistungssaldos

messen. Denn es gibt keine Währungen, mit denen die über ein Lebensalter hinweg erbrachten und verbrauchten Leistungen akzeptabel erfasst werden könnten. Da es hier darauf ankommt, dass die Leistungen des Einzelnen von einer Solidargemeinschaft beurteilt werden, bietet es sich an, seine erbrachten und verbrauchten Leistungen als Teil der im jeweiligen Jahr von der Gemeinschaft insgesamt erbrachten Leistungen anzugeben, also in Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP).

In der gegebenen Darstellung entspricht ein Leistungsumfang einem Flächeninhalt. Ich habe die gelbe und die grüne Fläche flächeninhaltsgleich gemacht, damit der Saldo am Ende des Lebens mit 95 Jahren den Wert null hat. Dies bewertet man intuitiv als gerecht, denn es bedeutet, dass der betrachtete Mensch insgesamt nicht mehr und nicht weniger Leistungen in Anspruch genommen hat, als er in seinem Leben erbracht hat. Allerdings gibt es viele Menschen, die diese Bedingung schicksalsbedingt nicht erfüllen können. Man denke hier an die vielen Möglichkeiten der fehlenden oder zumindest eingeschränkten Erwerbsfähigkeit. Diese Menschen müssen durch die Solidarität ihrer Mitmenschen aufgefangen werden, indem diese mehr Leistungen erbringen als sie selbst verbrauchen. Das wird einprägsam ausgedrückt durch die Forderung, dass starke Schultern mehr tragen sollen als schwache Schultern.

Bei der bisherigen Betrachtung der Abbildung 2 bin ich großzügig über das schwierige Problem hinweggegangen, welches darin besteht, eine Fülle unterschiedlichster Leistungen vergleichbar zu machen. Diese Vergleichbarkeit wird notwendig, wenn Leistungen arbeitsteilig erbracht und anschließend getauscht werden sollen, d. h. wenn Leistungsangebot und Leistungsbedarf aufeinandertreffen. Selbst wenn es nur darum geht, bei einer Tauschaktion das Werteverhältnis zweier Leistungsarten einvernehmlich festzulegen, kann es doch noch ein Problem geben. Denn es ist ein großer Unterschied, ob einer der beiden Partner den Tausch unbedingt braucht, oder ob es für beide akzeptabel ist, wenn der Tausch nicht zustande kommt. Einen fairen Tausch kann es nämlich nur geben, wenn beide Partner „gleich stark“ sind. Man braucht dabei gar nicht

an das extreme Beispiel zu denken, wo ein fast Verdursteter in der Wüste doch noch auf einen Wasserverkäufer stößt, der ihm dann für eine Flasche Wasser 50 Dollar abnimmt. Es genügt schon, an die Fälle zu denken, wo auf eine angebotene Wohnung hundert Bewerber kommen und der Vermieter deshalb eine unverschämte hohe Miete verlangt; oder wo auf einen zu besetzenden Arbeitsplatz fünfzig Bewerber kommen, und der Arbeitgeber deshalb einen unverschämte niedrigen Lohn anbietet.

Wer überzeugt ist, dass Marktwirtschaft in allen wirtschaftlichen Bereichen gelten sollte, wird sagen, die Verhältnisse in den angeführten Beispielen seien nicht ungerecht, sondern entsprächen der marktwirtschaftlichen Logik. Ludwig Erhard hatte solche Ergebnisse bestimmt nicht vor Augen, als er den Begriff der sozialen Marktwirtschaft prägte. Er glaubte vermutlich wirklich daran, dass es so etwas wie eine „soziale“ Marktwirtschaft geben könne. Er erkannte nicht, dass hinter diesem Begriff die Aufforderung „Wasch‘ mich, aber mach‘ mich nicht nass!“ steht. Es liegt bestimmt nicht im Interesse der Allgemeinheit, dass in allen wirtschaftlichen Bereichen marktwirtschaftliche Prinzipien gelten. Insbesondere bezüglich des sog. „Arbeitsmarktes“ muss dies grundsätzlich ausgeschlossen werden.

5. Die Rolle von Milliardären im Staat 

Mit unserer intuitiven Vorstellung von Gerechtigkeit ist es nicht vereinbar, dass jemand über viele Jahre hinweg ein hohes Einkommen bezieht, ohne dafür irgendetwas zu leisten. Da muss man sich doch fragen, weshalb in den Medien diese Gerechtigkeitsvorstellung dauernd untergraben wird. Es vergeht ja kaum eine Woche, ohne dass mir in einer Zeitung ein sog. „Finanzexperte“ Methoden empfiehlt, wie ich mehr aus meinem Geld machen könne. Und wie

so wird in den Nachrichten täglich über das Auf und Ab des DAX berichtet, dessen Verlauf doch nur für Spekulanten interessant ist? Der einzige Grund dafür ist der, dass man den Bürgern weismachen will, es sei nicht ehrenrührig, wenn man versucht, ohne Leistungseinsatz zu mehr Geld zu kommen. Denn wenn auch der kleine Mann versucht, innerhalb von zwei Jahren seine 1.000 Euro „von alleine“ auf 1.100 Euro anwachsen zu lassen, indem er sein Geld zu 4,9 % pro Jahr „anlegt“, dann muss er auch akzeptieren, dass das Vermögen eines der reichsten Deutschen innerhalb von fünf Jahren von 8 Milliarden Euro auf 10 Milliarden Euro gewachsen ist. Denn das entspricht einer jährlichen Verzinsung mit 4,6 %. Da etliche meiner Leser vermutlich keine realistische Vorstellung von Milliardenvermögen haben, weise ich an dieser Stelle darauf hin, dass die Zunahme des genannten Vermögens innerhalb von fünf Jahren um zwei Milliarden bedeutet, dass fünf Jahre lang täglich 1,1 Millionen Euro hinzugekommen sein müssen.

Es ist schon sehr lange her, dass ich zum ersten Mal die Behauptung hörte, der Weg zur ersten Million sei der schwerste. Dahinter steht die Erkenntnis, dass es verhältnismäßig einfach ist, aus seiner ersten Million weitere Millionen zu machen. Entsprechend gilt auch, dass es verhältnismäßig einfach ist, aus seiner ersten Milliarde weitere Milliarden zu machen. *Tabelle 1* veranschaulicht diese Tatsache.

Dieser für viele Menschen verblüffende Effekt ergibt sich aus dem Prinzip des Zinseszinses.

Wer kein Vermögen hat, dem nützt dieses Prinzip allerdings nicht viel, denn wer nur 1.000 Euro besitzt, hat nach einer Verzehnfachung immer noch kein großes Vermögen. Wer aber schon eine Milliarde besitzt, der ist nach einer Verzehnfachung nicht mehr nur reich, sondern „schwer reich“.

Zins	3 %	4 %	5 %	6 %	7 %	8 %
Jahre, die es braucht, ein Anfangskapital bei gegebenem Zins zu verdoppeln	25	19	16	13	12	10
zu verzehnfachen	79	60	48	41	35	31

Tabelle 1 – Veranschaulichung der Tatsache, dass es leicht ist, extrem große Vermögen noch viel größer zu machen.

Es stellt sich also die Frage, wie jemand, der nicht schon als Milliardär geboren wird, im Laufe seines Lebens zu einem Milliardenvermögen kommen kann. Man erkennt sehr schnell, dass es völlig unmöglich ist, durch Erwerbsarbeit und Sparen eine Milliarde anzusammeln. *Tabelle 2* veranschaulicht diesen Sachverhalt.

Der *Tabelle 3* kann man entnehmen, dass im Jahr 2017 die Summe der Vermögen aller 170 deutschen Milliardäre bereits das 1,8-fache unseres Bundeshaushalts erreicht hatte. Damit bilden die Milliardäre einen Staat im Staate und werden – in Zukunft immer stärker – dafür sorgen, dass der Staat immer weniger Verfügungsgewalt über

freie Bahn für ihre Eroberung großer Vermögen. Keine Gesetzgebung soll ihnen im Weg stehen.“ Das zeigte sich in krasser Form neunzig Jahre später im Entwurf des Freihandelsabkommens TTIP, wo den Investoren zugesichert werden sollte, dass der Staat keine Gesetze erlassen werde, die den Wert ihrer Investitionen beeinträchtigen würden.

Zins	2 %	4 %	6 %
Erforderliche monatliche Sparrate in Millionen, um bei gegebenem Zins nach 40 Jahren ein Vermögen von einer Milliarde zu haben:	1,38	0,877	0,538

Tabelle 2 – Veranschaulichung der Unmöglichkeit, im Laufe einer vierzigjährigen Erwerbstätigkeit ein Vermögen von einer Milliarde anzusparen

Also muss es andere Möglichkeiten geben, wie die aktuell existierenden Milliardäre zu ihrem Vermögen gekommen sein können. Ich sehe nur die folgenden drei Alternativen:

1. Sie haben ihr Milliardenvermögen als Erben bekommen.
2. Sie spekulierten mit geliehenem Geld und nutzten dabei Einsichten in die zukünftige Wirtschaftsentwicklung, die anderen Spekulanten fehlten.
3. Sie gründeten ein Unternehmen, dem Investoren wegen seines neuartigen Leistungsangebots ein großes Wachstumspotenzial zutrauten, so dass der Wert des Unternehmens in kurzer Zeit deutlich die Milliardengrenze überstieg.

Wer wie ich darüber nachdenkt, wie man die Entstehung von Milliardenvermögen verhindern könnte, muss immer damit rechnen, dass man ihm vorwirft, er sei ja nur neidisch auf die Mitbürger, die es geschafft haben, so reich zu werden. Mit diesem Vorwurf wird aber nur von der Tatsache abgelenkt, dass die extrem großen Vermögen das Allgemeinwohl ruinieren. Und deshalb muss auf diese Tatsache immer wieder öffentlich hingewiesen werden.

die Strukturen hat, deren Gestaltung für das Gemeinwohl maßgeblich ist. Die Reichen können alles kaufen, wovon die Menschheit lebt: Acker- und Bauland, Wasserquellen, Unternehmen, und schließlich ganze Staaten. In einem brutalen Verdrängungswettbewerb fressen die Größeren alle Kleineren. Sowohl die Supermarktketten als auch die Versandhandelsunternehmen sind das Ergebnis dieser Entwicklung, und die Nutznießer sind ganz wenige Kapitalisten, die keine Skrupel haben, die Lebensbedingungen ihrer Mitmenschen drastisch zu verschlechtern. Das ist ihnen allerdings nur möglich, weil die meisten dieser betroffenen Mitmenschen gar nicht merken, was mit ihnen geschieht, und viele sogar noch glauben, die Entwicklung sei zu ihrem Vorteil. So wurden auch schon etliche Unternehmen – inklusive ihres Grundbesitzes – anteilig oder ganz an ausländische Investoren verkauft, und in Folge davon arbeiten jetzt schon etwa drei Millionen Arbeitnehmer in Deutschland in Unternehmen, die mehrheitlich in ausländischem Besitz sind. Schon 1924 schrieb Oswald Spengler in seinem Buch „*Der Untergang des Abendlandes*“ die prophetischen Worte „*Die privaten Mächte der Wirtschaft wollen*

6. Die Notwendigkeit einer radikalen Umkehr



6.1 Verhinderung extrem großer Vermögen



Um die drohende Katastrophe abzuwenden reicht es längst nicht mehr, die aufgezeigte Entwicklung zu stoppen. Man muss sie umkehren, und das geht nur noch mit radikalen politischen Eingriffen. Zuallererst einmal muss das weitere Wachsen der bestehenden und das Entstehen neuer Milliardenvermögen gestoppt werden. Das geht nur,

1. indem das Vererben extrem großer Vermögen unmöglich gemacht wird;
2. indem alle Spekulationsgewinne weggesteuert werden. Da Spekulationsgewinne durch rasch aufeinanderfolgende Käufe und Verkäufe geeigneter Werte entstehen, werden inzwischen viele Kauf- und Verkaufsentscheidungen von entsprechend programmierten Computern gefällt. Es ist bemerkenswert, dass der Gesetzgeber dies toleriert. Er hätte längst alle Handelsverträge für nichtig erklären müssen, die nicht die handschriftliche Unterschrift eines Menschen tragen.
3. indem ausgeschlossen wird, dass Unternehmen einen Marktwert haben und verkauft werden können. Solche Verkäufe stellen eine verkappte Art des Sklavenhandels dar, weil die Unternehmen immer unter der Annahme gekauft werden, dass der Großteil der Arbeitnehmer im Unternehmen verbleibt und sein Know-how mitbringt. Bezüglich der Verteilung des erwirt-

2017 (Währung ist Euro)				
Summe der Vermögen aller 170 deutschen Milliardäre	Deutsches Bruttoinlandsprodukt BIP	Bundeshaushalt	Zinslast im Haushalt	Staatsschulden
600 Mrd 18% des BIP 180% des Haushalts	3,3 Billionen	330 Mrd 10% des BIP	20 Mrd 6% des Haushalts 1% der Schulden	2 Billionen 60% des BIP

Tabelle 3 – Milliardenvermögen in Relation zu Kennzahlen aus Politik und Wirtschaft

schafteten Gewinns dürfen nur noch Gehaltsunterschiede, aber keine sonstigen rechtlichen Unterschiede eine Rolle spielen.

Wenn diese Ziele erreicht sind, braucht man die Verzinsung von Krediten nicht völlig abzuschaffen. Es genügt dann schon, den Zinseszins für nicht einklagbar zu erklären und das Prinzip der vorrangigen Zinstilgung durch die Regel abzulösen, dass jeder Tilgungsbetrag anteilig auf die aktuelle Kreditschuld und die aktuelle Zinsschuld aufzuteilen ist. (Siehe meinen Aufsatz „*Ketzerische Gedanken zum Thema Zins und Tilgung*“ in **HUMANE WIRTSCHAFT** 01/2013).

6.2 Umschalten von Wirtschaftswachstum auf befristete Wirtschaftsschrumpfung

Es gibt aktuell nur ganz wenige Stimmen, die darauf hinweisen, dass in unserer Überflusswirtschaft überhaupt kein Bedarf an einem Wirtschaftswachstum besteht. Dagegen wird fast täglich in allen Medien gebetsmühlenartig über Veränderungen und Vorhersagen der wirtschaftlichen Wachstumsquote berichtet, als ob davon das Wohlbefinden der großen Bürgermehrheit abhinge. Dass die meisten Bürger dies sogar glauben, ist ein Erfolg des jahrelangen Einhämmerns der Behauptung, ohne Wirtschaftswachstum gingen zu viele Arbeitsplätze verloren. Man stelle sich einmal vor, das Märchen von den Heinzelmännchen würde über Nacht wahr. Der zentrale Satz in diesem Märchen lautet: „*Und eh ein Faulpelz noch erwacht, war all sein Tagwerk schon gemacht!*“ Würde da jemand sagen, wie schlimm es sei, dass nun so viele Leute ihren Arbeitsplatz verloren haben? Da käme doch kein Mensch auf die Idee, dass man sich nun Aufgaben ausdenken müsse, die von den Heinzelmännchen nicht gemacht werden können, so dass die Menschen wieder schufte dürfen und dafür einen Lohn erhalten könnten. Das Problem ist doch nicht die Arbeit, sondern die Verteilung der Güter und Dienstleistungen, die von den Heinzelmännchen erbracht werden.

Im Märchen von den Heinzelmännchen geht es übrigens nur um Arbeiten, bei denen die Heinzelmännchen jeden Kontakt zu den Menschen vermeiden können. Es gibt aber viele Arbeiten, die nur im Kontakt mit Menschen erledigt werden können, beispielsweise Kinderbetreuung,

schulische und berufliche Ausbildung, medizinische Versorgung oder Altenbetreuung. Die Arbeiten, die sehr gut von Heinzelmännchen erledigt werden könnten, sind genau diejenigen, für die es sinnvoll ist, Roboter zu entwickeln. Wenn Heinzelmännchen oder Roboter Leistungen erbringen, für die es einen Bedarf gibt, dann werden Menschen frei, die diesen Bedarf bisher gedeckt haben. Diese Menschen können nun einen bisher ungedeckten Bedarf befriedigen. Solch einen ungedeckten Bedarf braucht man nicht lange zu suchen, denn es handelt sich um all das, von dem bisher gesagt wurde, das könnten wir uns nicht leisten – beispielsweise mehr Lehrer, Polizisten oder mehr Personal in der Altenpflege. Nun kann man natürlich aus Facharbeitern der Metallverarbeitung über Nacht keine Lehrer, Polizisten oder Altenpfleger machen – und genau das ist das große Problem, welches von der Politik gelöst werden muss. Glücklicherweise geht es nicht darum, diese Menschen mit den lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen zu versorgen, die sie hatten, als sie noch in Arbeit waren, denn diese Güter und Dienstleistungen werden ja weiterhin produziert. Es geht im Grunde nur darum, diese Menschen sinnvoll zu beschäftigen, weil sie sich sonst überflüssig vorkommen und deshalb möglicherweise sogar psychisch krank werden.

Es kann durchaus dreißig Jahre dauern, bis der durch den technologischen Wandel erzwungene Übergang vollzogen ist, denn dieser Übergang erfordert eine Anpassung des Ausbildungssystems an das geänderte Spektrum des Know-how-Bedarfs. Es müssen immer zwei ganz unterschiedliche Arbeitsplatzprobleme betrachtet werden, nämlich einerseits das Problem, das Ausbildungssystem möglichst schritthaltend den Veränderungen des Bedarfs anzupassen, damit keine Arbeitsplätze mangels geeigneter Bewerber unbesetzt bleiben, und andererseits das Problem, die Zahl und das Anforderungsprofil der verfügbaren Arbeitsplätze so zu gestalten, dass jeder Arbeitswillige einen zu seiner Qualifikation passenden Arbeitsplatz finden kann. Das ist für das Allgemeinwohl sehr viel wichtiger als eine Steigerung der Umsätze und Gewinne.

Die Allgemeinheit ist daran interessiert, dass möglichst alle Arbeiten erledigt werden, die für die Deckung ihres „natürlichen Bedarfs“ erforderlich sind. Da-

bei umfasst der natürliche Bedarf das, und nur das, wofür es keine Werbung braucht. Wenn Werbung völlig entfällt, bedeutet das nur für die in der Werbebranche Beschäftigten einen Verlust, sonst aber für niemanden. Werbung ist das Mittel zur Konsumsteigerung, und diese ist in unserer Überflusswirtschaft schädlich. Fehlende Werbung bedeutet keineswegs, dass sich dann der natürliche Bedarf nicht mehr ändern könnte. So hat sich beispielsweise das Wissen um die Verfügbarkeit von Autos oder Telefonen nicht durch Werbung verbreitet, sondern „von ganz alleine“.

Unsere Überflusswirtschaft hat in manchen Bereichen inzwischen ein so schädliches Ausmaß erreicht, dass eine Rückführung auf ein angemessenes Maß längst überfällig ist. Ich bin überzeugt, dass wir weniger Güter für den Markt produzieren sollten als bisher, damit wir mehr Kapazität frei haben einerseits für Dienstleistungen, die menschliche Zuwendung brauchen, und andererseits für staatliche Leistungen, die dem Gemeinwohl dienen.

6.3 Überwindung der aktuellen politischen Machtverteilung

Die von mir für nötig erachteten Änderungen der Regeln unseres wirtschaftlichen Verhaltens sind so radikal, dass sie keine Chance haben, realisiert zu werden, wenn nicht zuvor die Wahlgesetze so geändert werden, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit Personen in die politischen Ämter kommen, die ihre Entscheidungen vorrangig am Gemeinwohl und nicht an ihrem eigenen Vorteil orientieren. Zurzeit werden nämlich die politischen Ämter „erkämpft, erobert und verteidigt“, was den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu der Feststellung veranlasste: „*Was unsere politische Kaste am besten versteht, ist das Niederhalten des politischen Gegners.*“ Die Fähigkeit, ein politisches Amt zu erkämpfen, findet man mehrheitlich bei Personen, die das Amt für ihr Ego erstreben und denen es egal ist, ob sie auch die Fähigkeit haben, das Amt zum Wohl der Allgemeinheit zu führen. Die besten Kandidaten sind solche, die gar kein politisches Amt anstreben und ihre Qualitäten bereits in anderen Positionen gezeigt haben. Für diese ist die Übernahme eines politischen Amtes ein Opfer, welches sie nur bringen, wenn man sie darum bittet.

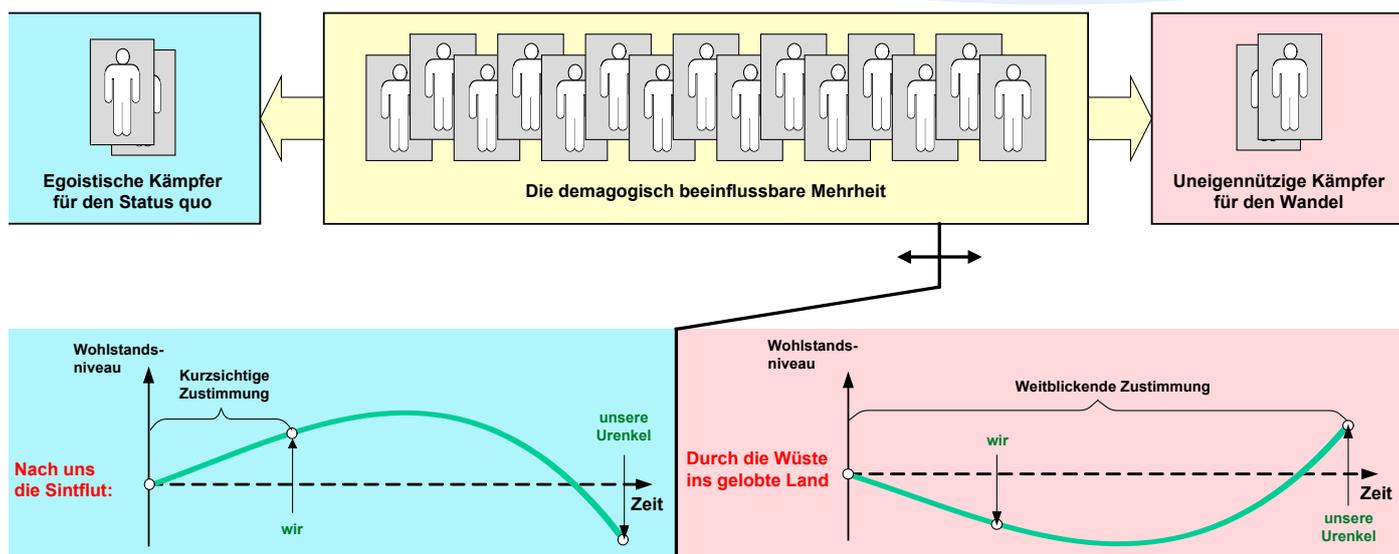


Abbildung 4 – Zum Problem der politischen Mehrheit

Abbildung 4 veranschaulicht ein Dilemma: Weil alle Bürger ab einem bestimmten Lebensalter wahlberechtigt sind, muss jeder, der ein politisches Amt erobern will und dafür eine Mehrheit braucht, Wähler für sich gewinnen, die politisch nicht mündig und deshalb demagogisch beeinflussbar sind. Deshalb lassen sich die Parteien in Wahlkämpfen von Werbepsychologen beraten, die Erfahrung darin haben, die Bürger zum Kauf von Produkten zu verleiten, die völlig überflüssig sind. Darum ist es fast unmöglich, nach den derzeitigen Regeln

unserer Demokratie politische Entscheidungen zu bekommen, die mehrheitlich nach den bereits vom römischen Kaiser Marc Aurel (121 – 180) formulierten Prinzipien handeln:

- Handle erstens nicht planlos und nicht ohne Ziel. Beziehe dich zweitens auf nichts anderes als auf das Gemeinschaftsziel.
- Versuche zwar, sie zu überreden, handle aber auch wider ihren Willen, wenn die Vernunftforderung der Gerechtigkeit so zu handeln treibt.

Zum Autor
Prof. Dr.-Ing. Siegfried Wendt

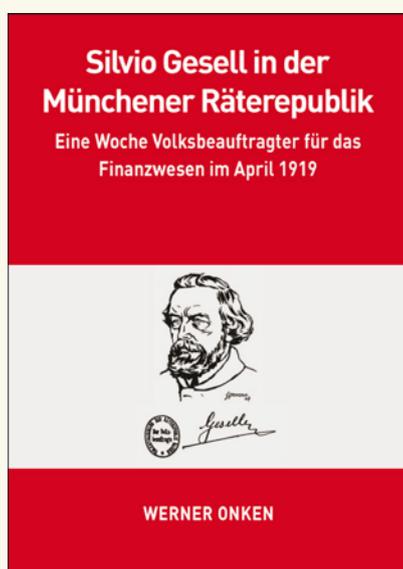


geb. 1940, Studium der Elektrotechnik und Promotion an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Hochschullehrer für Digitale Systeme, State University of New York in Buffalo, USA (drei Jahre), Universität Hamburg (drei Jahre), Universität Kaiserslautern (24 Jahre), Gründungsdirektor des Hasso-Plattner-Instituts in Potsdam (sechs Jahre). Im Ruhestand seit 2005.

Werner Onken: „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen“

Oldenburg 2018; 110 S.; Softcover; € 16,00; ISBN 978-3-933891-31-0

NEU



Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.

Im Zusammenhang mit den historischen Erinnerungen an diese rund 100 Jahre zurückliegende besondere Episode der Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts geht es in dieser Studie um den deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell, der als Volksbeauftragter für das Finanzwesen an der Münchener Räterepublik beteiligt war. Dargestellt werden seine Ziele, seine Mitwirkung in der Räterepublik und sein Schicksal nach ihrer Niederschlagung. Außerdem wird geschildert, wie

Silvio Gesell die wirtschaftspolitische Entwicklung der 1920er Jahre beurteilte, die danach zum Absturz Deutschlands in die Barbarei des Nationalsozialismus beitrug. Könnten seine Geld- und Bodenreformvorschläge angesichts der gegenwärtigen Turbulenzen auf den Finanz- und Immobilienmärkten vielleicht auch heute noch aktuell sein und in weiterentwickelter Form zur Überwindung gegenwärtiger Krisen beitragen?

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder über:

Dieter Fauth
Betzengraben 5
97299 Zell

E-Mail: post@dieterfauth.de
(Lieferung frei Haus)